

Eine Minute vor Zwölf

Billige Rohstoffe, extreme Verschuldung, kollabierende Finanzmärkte: Die neoliberale Globalisierung ist in die eigene Falle geraten

Rainer Rupp

In den vergangenen Tagen und Wochen findet man selbst in Mainstreammedien eine neue Sicht auf die globale wirtschaftliche Entwicklung. Offensichtlich können die sich häufenden Probleme und Verwerfungen nicht länger ignoriert werden. Da sind der längst überfällige, von »Experten« stets als unwahrscheinlich dargestellte Crash der chinesischen Aktienbörsen oder die von der US-Notenbank Fed für September angekündigte Erhöhung der Zinssätze und die damit zu erwartenden noch höheren Dollar-Kurse. Die Rohstoffpreise (Öl, Kupfer, Kohle, Eisen, etc.) sind abgestürzt. Und das weltweite Transportaufkommen sowie die Frachtpreise sind auf die Tiefstände des Rezessionsjahres 2009 gefallen. Viele Ökonomen sehen das als sicheres Zeichen dafür, dass die Weltwirtschaft auf Talfahrt gegangen ist.

Bemerkenswert ist der plötzlich einsetzende Vertrauensverlust in die vermeintliche Allmacht der Zentralbanken, die Wirtschaft ausschließlich mit der Geldpolitik und der Notenpresse zu steuern. Nun rächt sich das Versagen der Politiker, die in den zurückliegenden sechs Jahren keine Maßnahmen gegen die Umsetzung der neoliberalen Doktrin ergriffen haben. »Die Zeit, in der noch was getan werden kann, geht nun rasch zu Ende«, hieß es in einem Artikel von John Ficenec im konservativen britischen Blatt *The Telegraph*. Von China bis Brasilien, überall hätten die Zentralbanken die Kontrolle über die Finanzmärkte verloren, während zur gleichen Zeit die reale Wirtschaft weltweit zum Stillstand komme. »Die Weltuntergangsuhr für den globalen Finanzcrash« stehe »auf einer Minute vor Mitternacht«, so Ficenec.

Für 23 Länder rund um die Welt ist die Zeit längst weiter. In Lateinamerika sind es Brasilien, Chile, Kolumbien, Peru; in Asien: China, Malaysia, Indonesien, Singapur, Taiwan und Thailand; in Afrika: Ghana, Kenia, Marokko, Nigeria, Ägypten; in der EU Bulgarien, Griechenland, Polen und Slowenien und im übrigen Europa: Serbien, Ukraine und die Türkei. Überall dort ist die Finanzblase bereits geplatzt und die Aktienmärkte stürzen ab.

Die meisten dieser Börsencrashes haben in Nationen stattgefunden, die als »Emerging Markets« (EM) bzw. »Schwellenländer« bezeichnet werden. In den vergangenen Jahren hat insbesondere die Fed die Finanzmärkte mit Billionensummen billigen Geldes überflutet. Die Akteure in den »aufstrebenden Märkten« (EM) haben daraufhin viele Kredite in US-Dollar aufgenommen. Aber nachdem seit Ende 2014 die Fed wiederholt angekündigt hatte, sie wolle 2015 die Zinsen erhöhen, ist der Kurs des Dollar gegenüber fast allen anderen Währungen enorm gestiegen. Das hat es für die Kreditnehmer inzwischen so gut wie unmöglich gemacht, mit ihren Einnahmen in lokalen Währungen ihre Dollar-Schulden zu bedienen. Erschwert wurde die Lage der EM zusätzlich durch eine um sich greifende Kapitalflucht, die laut *Financial Times* am Wochenbeginn in 13 Monaten rund eine Billion (1.000 Milliarden) US-Dollar betrug. Zur gleichen Zeit sind die Preise für viele der Rohstoffe, die die »Schwellenländer« exportieren, abgestürzt. Genau dieses Szenario hatte in den 1980er Jahre bereits die lateinamerikanische Schuldenkrise verursacht. Die Bank of Amerika warnte diese Woche, dass die Entwicklungen in China in den nächsten Monaten zu einer Neuauflage der asiatischen Finanzkrise der 1990er Jahren führen könnten.

Trotz milliardenschwerer Liquiditätsspritzen der chinesischen Notenbank in der jüngsten Vergangenheit, haben die Aktienbörsen Chinas am Freitag weitere sechs Prozent eingebüßt und damit je nach Börsenplatz zwischen einem Drittel und einem Viertel ihres vorherigen Wertvolumens verloren. Zugleich haben die Reaktionen anderswo gezeigt, dass schlechte Nachrichten aus und für China auch für die Finanzmärkte generell (auch in den USA und der EU) nichts Gutes verheißen. Derweil ist Chinas Index für neue Aufträge auf das tiefste Niveau seit März 2009 gefallen, als sich das Land bereits in einer Rezession befand.

Ein zusätzliches Problem ist durch die unerwartete Abwertung des chinesischen Yuan entstanden. Von Südkorea über Vietnam und Malaysia nach Indonesien und weiter bis Lateinamerika sahen sich Staaten gezwungen, sich zur Aufrechterhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem neoliberal deregulierten Weltmarkt dem Abwertungsreigen anzuschließen, was die Bedienung der Dollar-Schulden dort nahezu unmöglich macht. Parallel dazu wächst die Zahl der Schwellenländer, die als Kandidaten für einen Staatsbankrott gehandelt werden. Soziale Unruhen sind von Brasilien über Kasachstan bis nach China zu verzeichnen. Das vom Westen und seinen Großkonzernen durchgesetzte System der grenzenlosen Freiheit für den Kapitalverkehr und der erzwungenen Aufhebung jeglicher ökonomischer Schutzmechanismen in den meisten Schwellenländern ist aus den Fugen geraten. Laut dem US-Investmentportal *Zero Hedge* sind die jüngsten Entwicklungen »erst der Anfang«.

<http://www.jungewelt.de/2015/08-22/042.php>